



Fotos: Bettina Ausserhofer, Berlin

**K**urt Biedenkopf, langjähriger Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, wurde während seiner Amtszeit von dem Redakteur einer Jugendzeitschrift gefragt, was denn sein Leitmotiv sei. Biedenkopf antwortete: „Der Weg zur Quelle führt gegen den Strom.“

Dieses geflügelte Wort könnte durchaus auch die politische Leitlinie von Dr. Peter Ramsauer sein. Der ehemalige Bundesverkehrsminister und heutige Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages bürstet häufig gegen den Strich. Und das nicht nur bei einem Thema. Wenn es um die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin geht, zeigt sich Peter Ramsauer als ein erklärter Gegner. Seine Kritik gilt zudem der Sanktionspolitik der Europäischen Union gegenüber Russland sowie dem EU-Rettungsschirm. Was aber besonders Bundeskanzlerin Merkel und Fraktionschef Kauder missfallen dürfte, ist Ramsauers Haltung zur AfD. Zitat: „Man darf die AfD nicht dauerhaft stigmatisieren und verteufeln.“ Er sage dies ungeschützt, weil er nach all seinen Führungsämtern mittlerweile die Freiheit des Wortes erreicht habe, so das Credo des CSU-Spitzenpolitikers. In einem Gespräch mit Joachim Schäfer und Hans-Peter Murmann erläuterte Peter Ramsauer vertiefend seine Überlegungen zur EU-Sanktionspolitik, zum Mindestlohngesetz, zu den Kosten der Flüchtlingspolitik und zur AfD.

# Plädoyer für die Freiheit des Wortes

Ex-Bundesminister **Peter Ramsauer** zur EU-Sanktionspolitik, zu den Kosten der Flüchtlingsproblematik und zur AfD



? Auf einer Diskussionsveranstaltung in Truchtlaching haben Sie die Ansicht vertreten, dass Wirtschaftssanktionen kein taugliches Mittel der Außenpolitik seien. Vor allem meinten Sie die Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland. Sehen Sie noch eine Chance, wieder eine vernünftige Basis zwischen Russland und den EU-Ländern zu schaffen? Dies auch mit Blick auf landwirtschaftliche und mittelständische Betriebe, für die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland von enormer Bedeutung sind.

**Peter Ramsauer:** Die Geschichte hat gezeigt, dass Wirtschaftssanktionen nie etwas erreicht haben, weil es auf beiden Seiten stets zu massiven wirtschaftlichen Schäden gekommen ist. Mit meiner Haltung stehe ich im Übrigen keineswegs in der Regierungskoalition auf verlorenem Posten. Das Beispiel Iran hat gezeigt, dass wir Deutschen durch unsere Sanktionspolitik nicht mehr wie früher in der ersten Reihe sitzen, wenn es um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Iran geht. In der ersten Reihe sitzen jetzt die Chinesen, die Inder, die Koreaner, die Japaner und die Russen. Die Sanktionspolitik gegenüber Russland wird ein ähnliches Ergebnis mit sich bringen. Ein Land wie Russland mit seinen Potentialen, seinen Leidenserfahrungen und seiner Duldungsfähigkeit werden wir mit solchen Nickeligkeiten wie Wirtschaftssanktionen niemals in die Knie zwingen können.“

„Ein Land wie Russland mit seinen Potentialen, seinen Leidenserfahrungen und seiner Duldungsfähigkeit werden wir mit solchen Nickeligkeiten wie Wirtschaftssanktionen niemals in die Knie zwingen können.“

schaftssanktionen niemals in die Knie zwingen können. Leidtragende der Sanktionspolitik gegenüber Russland sind unsere Industrie, die Arbeitsplätze, aber auch landwirtschaftliche und mittelständische Familienbetriebe in Deutschland. Anders gesagt, der Leidensdruck auf deutscher Seite wird so groß werden, dass wir uns Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland auf Dauer nicht leisten können. Welche Dimensionen die Sanktionspolitik hat, möchte ich an einigen Zahlen erläutern: Im Bundeswirtschaftsministerium liegen angeblich rund 4 700 Ausfuhranträge auf Halde. Wenn Sie das Auftragsvolumen – vorsichtig geschätzt – bei nur einer Million Euro pro Ausfuhrfall ansiedeln, dann sind wir bei einer Größenordnung von fast fünf Milliarden Euro. Ich halte das für völlig unververtretbar gegenüber der deutschen Wirtschaft.

? Sie gelten als Kritiker einer überzogenen Bürokratie beim Thema Mindestlohn. In der überregionalen Presse war von einer Traunsteiner Bäckerei zu lesen, die durch eine schikanöse Kontrolle der Verkäuferinnen und eines miternächtlichen Prüfens während des Backens durch den Zoll Schlagzeilen machte. Welche Einflussmöglichkeiten haben Sie als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages, auf das Finanzministerium

einzuwirken, dass die Zollbehörden weniger restriktiv bei der Überprüfung der Dokumentationspflichten vorgehen?

**Peter Ramsauer:** Ich habe gleich zu Beginn beim Bundesfinanzminister interveniert und von ihm als obersten Dienstherrn der Zollbehörde verlangt, derartige Vorgehensweisen zu unterbinden. Es kann nicht angehen, dass bewaffnete Rollkommandos des Zolls mit kugelsicherer Weste in unbescholtene Betriebe einmarschieren. Dieses Vorgehen ist durch nichts zu rechtfertigen. Der Leiter des zuständigen Zollamtes in Rosenheim hat seinerzeit gesagt, der Betrieb habe diese Maßnahme zu akzeptieren, weil Bewaffnung und eine kugelsichere Weste zur Dienstausrüstung eines Zollbeamten gehören. Wer so argumentiert, gehört aus dem Dienst entfernt. Es kann nicht sein, dass durch das Mindestlohngesetz jeder Betrieb unter Generalverdacht gestellt wird. Das sind feudalherrschaftliche Methoden. Wenn dies Schule macht, darf man sich nicht wundern, wenn die AfD immer mehr Zuspruch erhält. Die Zustimmung zur AfD hat ja nicht nur etwas mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu tun, sondern auch mit der Unzufriedenheit bei konservativen Wählern, denen der Glaube an die bürgerlich-politische Führung längst verloren gegangen ist. ▶



? Die von Ihnen angesprochene Flüchtlingspolitik ist das nächste Stichwort. In der Talkshow „Menschen bei Maischberger“ haben Sie im Vorfeld der Sendung gefordert, den unkontrollierten Zustand an den deutschen Grenzen zu beenden. In der Sendung selbst sagten Sie, dass Sie eine europäische Lösung á la Merkel in absehbarer Zeit für unmöglich halten. Stehen Sie auch heute noch zu Ihrer Haltung von damals? Immerhin ist der Flüchtlingsstrom nach Deutschland merklich zurückgegangen.

**Peter Ramsauer:** Was ich seinerzeit gesagt habe, halte ich auch heute noch aufrecht. Eine europapolitische Lösung der Flüchtlingspolitik á la Merkel ist kaum möglich. Die Arbeit haben Österreich und andere Länder für uns erledigt. Und dies unter Zustimmung und Duldung aller großen europäischen Länder wie England, Frankreich, Ungarn und Polen. Auch das war eine europapolitische Lösung – allerdings auf eine andere Art und Weise, als Frau Merkel sich das vorgestellt hat. Im Nachhinein zu sagen, der Rückgang des Flüchtlingsstroms sei eine Folge der Abmachungen mit der Türkei, entspricht nicht der vollen Wahrheit. Der Deal mit der Türkei hat die ganze Sache nur etwas abgefangen und entschärft, weil der Druck auf die Auffanglager in Griechenland nicht mehr so groß



„Eine europapolitische Lösung der Flüchtlingspolitik á la Merkel ist kaum möglich“

war. Natürlich hat sich der Flüchtlingsstrom nach Deutschland reduziert. Er ist aber immer noch höher, als wir verkraften können.

? Der bekannte Wissenschaftler und ehemalige IFO-Chef Hans-Werner Sinn bezweifelt, dass der Flüchtlingszustrom Deutschland wirtschaftlich hilft. Vor allem wegen ihrer geringen Qualifikationen würden die Zuwanderer den Staat vielmehr gigantische Summen kosten. Der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen hat sogar, bezogen auf einen Zeitraum von zehn Jahren, pro Flüchtling Kosten von 450 000 Euro errechnet. Können Sie sich der Warnung von Ex-IFO-Chef Sinn anschließen und halten Sie die Berechnungen von Professor Raffelhüschen für realistisch?

**Peter Ramsauer:** Als promovierter Kostentheoretiker gilt mein Blick den Folgekosten. Zu den Folgekosten gehören der Familiennachzug, Unterkunft und Verpflegung, der soziale Bereich einschließlich medizinischer Versorgung, Schulungsmaßnahmen, Kosten für Dolmetscher und Juristen, Verwaltungskosten und die Kosten für die Integration in den Arbeitsmarkt. Insgesamt schätze ich die Kosten pro Flüchtling und Jahr auf rund 30 000 Euro. Das heißt, für eine Million Flüchtlinge müssen wir pro Jahr rund 30 Milliarden Euro auf-

wenden. Das ist ein riesiger Batzen Geld. Ich musste als Verkehrsminister um 100-Millionen-Beträge für die Infrastruktur kämpfen. Und jetzt wird so getan, als seien diese Kosten eine Lappalie für den Bundeshaushalt. Ständig werden wir als Politiker mit dem Vorwurf konfrontiert, dass kein Geld vorhanden ist für die Renovierung von Schulen, für zusätzliche Lehrer oder für den Straßenbau. Ich war auch einmal Wohnungsbauminister. Für die Wohnungsbauförderung für sozial Schwache und junge Familien waren im Bundeshaushalt immer 518 Millionen Euro pro Jahr vorgesehen. Ich habe vergeblich für eine Erhöhung gekämpft. Kaum waren die ersten 500 000 Flüchtlinge angekommen, wurde diese Summe auf eine Milliarde verdoppelt. Das registrieren die Menschen im Land. Und das führt auch zu diesem Aufbegehren in der Wahlkabine. Stichwort: AfD.

? Bleiben wir dem Stichwort AfD. In einem Nachrichtenblogg wurden Sie wie folgt zitiert: „Man darf die AfD nicht dauerhaft stigmatisieren und verteufeln.“ Und weiter: „Wir dürfen uns grundsätzlich nicht verengen auf die Sozialdemokraten oder die Grünen.“ Mit dieser Haltung stehen Sie diametral zu der der Bundeskanzlerin und auch zu der des Fraktionsvorsitzenden Kauder.



**Peter Ramsauer:** Ich nehme mir die Freiheit, zu sagen, was ich denke. Nach all meinen politischen Führungsjahren habe ich jetzt nämlich die Freiheit des Wortes. Blicken wir zurück: Anfang der 80er Jahre wurden die Grünen bis aufs Messer bekämpft. Keine Koalition mit diesen Aufsässigen und Postterroristen, hieß es damals parteiübergreifend. Der Rest der Geschichte ist bekannt. Wenn heutzutage Koalitionen auf Landesebene mit den Grünen gang und gäbe und eine Koalition auf Bundesebene absolut hoffähig und möglich ist, dann kann ich mit der AfD, die natürlich wie jede andere Partei auch Verrückte als Mitglieder hat, eine politische Zusammenarbeit nicht auf immer und ewig ausschließen, nur weil sie als

rechte Partei eingeordnet wird. Was heißt übrigen rechts? Ich war entsetzt, als ich gelesen habe, dass an einer Berliner Schule ein Lehrer entlassen wurde, nur weil er Mitglied der AfD ist und weil er eine islamkritische Kundgebung besucht hat. Ich möchte die Verantwortlichen der Schule gerne fragen, ob sie auch alle Lehrer entlassen, wenn diese Linke sind. Ich halte dieses Links-Rechts-Schema für völlig unsinnig. Ich betrachte die AfD als unseren strategisch politischen Gegner. Aber wenn man eine Zusammenarbeit mit Ultralinks und Ökosozialisten für normal hält, dann darf ich bei anderen, die sich im Grunde genommen aus bürgerlichen Wählern rekrutieren, eine Zusammenarbeit nicht auf Dauer ausschließen. ■



Mit Peter Ramsauer sprachen Joachim Schäfer und Hans-Peter Murmann

Zur Person

## Peter Ramsauer

Seit dem Jahr 1990 ist Dr. Peter Ramsauer Mitglied des Deutschen Bundestages. Ramsauer ist direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Traunstein/Berchtesgadener Land. Bei der Bundestagswahl 2009 war er Spitzenkandidat der CSU.

Von 1998 bis 2005 war er Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Am 21. November 2005 wurde Ramsauer Nachfolger von Michael Glos in der Funktion als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe. Damit war er gleichzeitig Erster Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seit dieser Legislaturperiode ist Dr. Peter Ramsauer Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie.

Peter Ramsauer stimmte gegen eine Verlängerung der Finanzhilfen an Griechenland (gemeinsam mit Peter Gauweiler). Dies brachte ihm massive Kritik von Parteichef Horst Seehofer ein. Schon zuvor wurden Differenzen zwischen Seehofer und Ramsauer offensichtlich. So wurde Ramsauer durch den Parteichef Seehofer nicht wieder für das Amt des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung nominiert, das Ramsauer von 28. Oktober 2009 bis zum 17. Dezember 2013 im Kabinett Merkel II bekleidete.

Im Mai 2015 kündigte Ramsauer dann auch an, beim Parteitag im November 2015 nicht mehr für das Amt des Stellvertretenden Parteivorsitzenden kandidieren zu wollen.

Auch in anderen Politikbereichen ging Ramsauer auf Gegenkurs zur Bundesregierung. Das im November 2014 vorgestellte Klimaschutzprogramm lehnte er ab und sah in ihm eine Anleitung „zur Bevormundung und zur Umerziehung“. Weiterhin forderte Ramsauer im Oktober 2014, die deutsche Beteiligung an den internationalen Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland und gegenüber dem Iran zu beenden. Die vom Koalitionspartner SPD initiierte Frauenquote beschrieb er als „unsinnig“.

Seit 1981 ist Peter Raumsauer Gesellschafter des Familienbetriebes Ramsauer Talmühle KG. Er ist verheiratet und hat vier Kinder. Privat gilt Ramsauer als begnadeter Pianist. So nahm er für die Benefiz-CD „Adagio im Auto“ zusammen mit dem Orchester der Deutschen Oper Berlin das Andante aus Wolfgang Amadeus Mozarts Klavierkonzert Nummer 21 in C-Dur auf. ■